



Liebe Freundinnen und Freunde!

Ich darf Euch von den vergangenen beiden Plenartagen berichten, von denen ich Euch sagen kann, dass wir mitten im "heißen Herbst" sind. Es sind aktuell sehr viele wichtige Terrains und Themen zu bearbeiten - von Neuregelungen, die die Ärzteschaft betreffen bis hin zu Maßnahmen, die der inneren und äußeren Sicherheit des Landes dienen.

Neuregelung der Ärzteausbildung

Mit der heute beschlossenen Änderung des Ärztegesetzes wird die **Ärzteausbildung neu geregelt**. Damit wird eine Verbesserung der Ausbildung der Ärzte - in Angebot, zeitlicher Gestaltung und Praxisnähe - erreicht. Ein wichtiger Schritt, um auch künftig die Versorgung der Bevölkerung in bewährter hoher Qualität gewährleisten zu können!



Die wichtigsten Neuregelungen:

9 Monate Basisausbildung nach dem Medizinstudium zum Erwerb klinischer Grundkompetenzen in den Bereichen Innere Medizin, Chirurgie und Notfallmedizin. Erst danach wird die Entscheidung getroffen, ob eine allgemeinärztliche oder fachärztliche Weiterqualifikation angestrebt wird.

Für angehende Allgemeinmediziner gibt es dann 27 Monate Spitalspraxis plus mindestens sechs Monate Lehrpraxis; in weiteren Ausbausritten soll die Zeit der Lehrpraxis auf mindestens 12 Monate steigen.

Die Facharztausbildung dauert nach der Basisausbildung 63 Monate, geteilt in Sonderfach-Grundausbildung und Sonderfach-Schwerpunktausbildung.

Änderung des Krankenanstaltengesetzes

Mit dieser Änderung wird die **Arbeitszeit für Spitalsärzte neu geregelt**. Damit wird die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit etappenweise bis 2021 von 60 auf 48 Wochenstunden verkürzt. Weiters wird eine Reduktion der verlängerten Wochenend- und Feiertagsdienste für Ärzte festgelegt. Anstelle der derzeit erlaubten 49 Stunden soll es ab 2018 nur mehr 29-Stunden-Dienste und ab 2021 maximal 25-Stunden-Dienste geben.

[Meine heutige PLENARREDE dazu >](#)

Untersuchungsausschuss NEU

Nach intensiven Verhandlungen konnte gestern das Gesetzespaket zur Reform der Untersuchungsausschüsse im Nationalrat eingebracht werden. Heute wurde es im Plenum diskutiert und wird dann im Geschäftsordnungsausschuss behandelt. Das Gesetz soll noch vor Weihnachten beschlossen und mit 1.1.2015 in Kraft treten.

Damit wird einer Minderheit (einem Viertel der Abgeordneten) das Recht zur Einsetzung eines U-Ausschusses ermöglicht, wenn gleichzeitig ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet wird. In der Vergangenheit war ein Untersuchungsausschuss zu oft Polit-Show ohne einen wirklichen Mehrwert.

Weitere Änderungen:

- * Eine objektive Vorsitzführung durch die Präsidentin des Nationalrates bzw. ihre Vertreter; ein Verfahrensrichter unterstützt sie/ihn dabei maßgeblich.
- * Es braucht einen klar definierten Untersuchungsgegenstand.
- * Bei ausschussinternen Streitigkeiten wird eine Schiedsstelle eingesetzt.
- * Auskunftspersonen werden besser in ihren Persönlichkeitsrechten geschützt.
- * Durchbrechung der beruflichen und außerberuflichen Immunität bei Verleumdung und bei Geheimnisverrat.

Wirksame Signale gegen Hass und Hetze

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen verschiedenster Herkunft und Religion friedlich und ohne Angst leben können. Radikale Strömungen, die versuchen, mit Hetze und Extremismus Hass zu schüren, haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Die ÖVP setzt im Kampf gegen Extremismus klar den **Fokus auf Prävention und Sensibilisierung, Beratung und interkulturellen Dialog**. Es braucht wirkungsvolle präventive Maßnahmen, darüber hinaus aber auch Änderungen im Strafrecht.

Folgende gesetzliche Initiativen sind dazu in Vorbereitung:

- * Mit dem Terror-Symbol-Gesetz sollen Zeichen, Symbole und vergleichbare Darstellungen von Terrorgruppierungen in Österreich verboten werden.
- * Beim Staatsbürgerschaftsgesetz soll der Entziehungstatbestand auf Kämpfer außerhalb eines offiziellen Militärdienstes ausgeweitet werden.
- * Mit der Novellierung des Grenzkontrollgesetzes sollen Minderjährige Auslandsreisen außerhalb der EU nur mehr mit Zustimmung eines Obsorgeberechtigten machen dürfen.
- * Die Präzisierung des Verhetzungsparagraphen zielt auf eine schärfere und klarere Formulierung des Tatbestandes ab.

"An der Hand"

In einer von allen sechs Parteien eingerichteten **Enquete-Kommission** wird in den nächsten Monaten unter Einbindung vielfältiger Experten das sensible und wichtige Thema "**Lebensende**" diskutiert. Vor allem der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung als Antwort auf Leid, Schmerz und Einsamkeit am Lebensende wird dabei Thema sein. Bürgerinnen und Bürger können ihre Statements an wuerdevoll.leben@parlament.qv.at senden.

Meine Kollegen *Franz-Joseph Huainigg* und *Wolfgang Gerstl* haben im Zuge dessen eine **BROSCHÜRE** gestaltet. Der Titel "**An der Hand**" ist angelehnt an Kardinal Königs Aussage, dass der "**Mensch an der Hand, nicht durch die Hand**

"Fakten helfen"

Lebensschutz ist mir ein besonderes Anliegen.

Dazu darf ich Euch eine **Bürgerinitiative** ans Herz legen, die eine **Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und eine Erforschung der Motive als Basis für bedarfsgerechte Hilfen fordert**.

Nahezu alle europäischen Länder erheben anonym Zahlen und Motive. Auch in Österreich würden seriöse Daten und Fakten eine bessere Unterstützung von schwangeren Frauen und Paaren in schwierigen Situationen ermöglichen.

[Hier geht's zur Homepage! >](#)

eines anderen sterben soll". Eine spannende Lektüre!

Die Broschüre gibt's zum Download auf der Homepage! >



8. Politiklehrgang der OÖVP-Frauen

Die engagierten Teilnehmerinnen des 8. Politiklehrganges der OÖVP-Frauen haben Bundesleiterin NR Dorothea Schittenhelm und mich heute im Parlament besucht. Neben anregenden Gesprächen mit Abgeordneten bekamen sie Einblick in die Abläufe im Parlament und in die Arbeit der Bundespartei.

Ich wünsche den Damen weiterhin alles Gute und viel Erfolg und hoffe, sie in diversen politischen Funktionen noch oft wiederzusehen!

Mit den besten Grüßen!

Eure Claudia Durchschlag

Feedback

Ich freue mich auf Eure Rückmeldungen, Anregungen, Ideen.... Danke!

Kontakt

Mag. Evelyn Pammer
Parlamentarische Mitarbeiterin
01-40110-4647
evelyn.pammer@parlament.gv.at

[Abmelden](#) [Impressum](#) [Datenschutz](#)

Parlamentsklub der
Österreichischen Volkspartei
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Tel.: +43 1 401 10

office@oevpklub.at
www.oevpklub.at